

Beschluss Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen
7 betreffen.

8 Um diese Gefahren wirksam zu bekämpfen, müssen wir nicht nur unsere
9 gesellschaftlichen Abwehrkräfte stärken, sondern vor allem Vertrauen
10 zurückgewinnen - in den Staat, in demokratische Institutionen und Prozesse,
11 sowie in die Unabhängigkeit und Vielfalt unserer Medienlandschaft. Vertrauen ist
12 die Grundlage, die unsere Gesellschaft zusammenhält und entscheidend für die
13 Verteidigung unserer Demokratie. Nicht nur unsere Demokratie ist stark und
14 wehrhaft - auch unsere Gesellschaft muss es sein.

15 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen
16 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuert,
17 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese
18 systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie
19 müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch
20 im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere
21 demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die
22 Gesellschaft stark und resilient aufstellen.

23 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie
24 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben das Vertrauen in staatliche
25 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung
26 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse,
27 befördern Spaltung und manipulieren Wahlen oder stellen deren Rechtmäßigkeit in
28 Frage. Damit sind Desinformationskampagnen von einer abstrakten zu einer realen
29 Gefahr geworden.

30 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das
31 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit
32 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet
33 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation
34 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden
35 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

36 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der
37 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die
38 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Desinformationskampagnen werden
39 längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf staatliche und private

40 Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den Lebensadern unserer
41 Gesellschaft.

42 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der
43 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür
44 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-
45 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller
46 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese
47 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner
48 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche
49 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den
50 demokratischen Diskurs, da Bürger*innen von solchen Inhalten überschwemmt
51 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,
52 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit
53 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger*innen müssen selbst entscheiden
54 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von
55 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative
56 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

57 Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige
58 Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten
59 Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die
60 Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler
61 Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische
62 Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor
63 Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

64 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen haben der
65 zunehmenden Verbreitung von strafrechtlich relevanten Äußerungen und der
66 Manipulation unserer digitalen Debattenräume bisher nicht ausreichend Einhalt
67 gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein entscheidender Schritt
68 hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlicher Regulierung für digitale
69 Plattformen. Er muss auf nationaler und europäischer Ebene weiter entschlossen
70 durchgesetzt und die zuständigen Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

71
72 In Ländern wie Finnland spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle im Kampf
73 gegen Desinformation. Medienkompetenz ist dort seit vielen Jahren fester
74 Bestandteil der Lehrpläne, wodurch die Gesellschaft eine starke Immunität
75 gegenüber Desinformationskampagnen entwickelt hat. Finnland wird regelmäßig als
76 manipulations-resilientestes Land der EU eingestuft. Als direkter Nachbar
77 Russlands hat die finnische Regierung frühzeitig auf diese Bedrohung reagiert –
78 ein europäisches Erfolgsmodell, von dem wir lernen können.

79 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir

- 80 1. eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und
81 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen,
- 82 2. eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen
83 Plattformen und künstlich generierter Inhalte,
- 84 3. den staatlichen Schutz vor digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland –
85 in Deutschland und Europa,
- 86 4. kritische Bürger*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen
87 und der Gefahr von Desinformation bewusst sind, und
- 88 5. einen verbesserten Schutz von Betroffenen.

89 Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation 90 und für demokratische Teilhabe

91 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das
92 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die
93 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer
94 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger*innen essentiell, die
95 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und
96 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen
97 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der
98 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

99 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufene
100 "Zeitenwende" muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation
101 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an
102 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst
103 einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-
104 und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur
105 durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen
106 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

107 1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik

108 Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen: Desinformation ist keine
109 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um
110 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite
111 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen
112 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit
113 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft
114 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde
115 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,
116 sein, um Bürger*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

117 Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen: Wir unterstützen den umfassenden
118 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und
119 schnellen Reaktion auf Desinformationskampagnen aus dem In- und Ausland. Die

120 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen
121 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in
122 Kooperation durchführen.

123 DSA national durchsetzen: Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir
124 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen
125 auf nationaler Ebene durchsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und
126 Bundesebene stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Der Digital
127 Services Coordinator muss entsprechend ausgestattet werden, und ihm müssen auch
128 die notwendigen Mittel zur Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand
129 gegeben werden. Außerdem setzen wir uns für ein Digitales Gewaltschutzgesetz
130 ein, das wirksame Instrumente wie Accountsperrn nach gerichtlich geurteilten
131 Rechtsverletzungen gesetzlich verankert.

132 Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung: Falschnachrichten,
133 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich
134 relevant und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gilt es unbedingt zu
135 schützen. Dort, wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,
136 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.
137 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden, u.a. durch stärkere
138 Priorisierung und bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern bei der
139 Strafverfolgung, bei der digitalen Ermittlung und massenhaften Bearbeitung von
140 Vorfällen - auch mit Hilfe automatisierter Lösungen, sofern diese klaren
141 rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen Standards genügen. Die Gewährleistung
142 von zeitnaher Vorgangsbearbeitung, dem geregelten Datenaustausch zwischen
143 Ermittlungsbehörden und Plattformbetreibern sowie die Schaffung von angemessen
144 ausgestatteten Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind wichtige Bausteine für eine
145 erfolgreiche Rechtsdurchsetzung, die wir mit ausreichend Ressourcen und Fort-
146 und Ausbildung stärken wollen.

147 Nachrichtendienste einbinden: Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern
148 spielen eine wichtige Rolle bei der Erkennung und Rückverfolgung von
149 massenhafter Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder
150 staatsnahe Akteure sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten
151 drei Jahrzehnte bei der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive
152 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die
153 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken, insbesondere
154 bei der Früherkennung und Etablierung eines funktionierenden Warnsystems.

155 Schutzangebote auf kommunaler Ebene: Wir müssen Schutzangebote für unsere
156 liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den
157 Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur
158 direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen
159 und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können
160 hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

161 Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden: Wir wollen
162 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler*innen nutzen und eine enge
163 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft
164 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem
165 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer
166 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die
167 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten

168 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von
169 Desinformation zu entwickeln.

170 Erweiterter Werkzeugkasten: Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden
171 Toolbox zur Reaktion auf Desinformation, angelehnt an den Europäischen
172 Auswärtigen Dienst. Diese soll Instrumente wie öffentliche Addressierung und
173 Missbilligung, Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,
174 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie Maßnahmen zur Abschaltung von
175 Infrastruktur von gesteuerten Desinformationskampagnen umfassen.

176 2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen 177 Kooperation

178 EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken: Die Monitoring-Einheiten
179 der EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und
180 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv
181 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen
182 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO
183 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu
184 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die
185 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

186 Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten: Das von der
187 Europäischen Kommission geplante "European Democracy Shield" darf sich nicht nur
188 auf Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure
189 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden - gerade auch, weil eine
190 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der
191 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

192 Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Die multilaterale
193 Zusammenarbeit wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und
194 Einflussnahmen durch autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim
195 Kampf gegen Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7
196 weiter ausbauen, um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne
197 Staaten die Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die
198 Gefahren von Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen
199 Krisen in Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum
200 Teil von Entwicklungshilfe machen.

201 3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung

202 Desinformation als systemisches Risiko definieren: Desinformation muss im
203 Sinne des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen
204 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-
205 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche
206 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von
207 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

208 Algorithmische Verstärkung gezielt angehen: Die Verstärkung von Inhalten durch
209 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von
210 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte "grenzwertige"
211 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder

212 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.
213 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann
214 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und
215 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.
216 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger*innen selbst entscheiden, was
217 in ihren Timelines erscheint.

218 Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen: Targeting ist eines der
219 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige
220 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen
221 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir
222 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting
223 konsequent durchgesetzt werden - gerade mit Blick auf den Schutz von
224 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission
225 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für
226 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu
227 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber
228 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,
229 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle
230 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

231 Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten: Um die
232 Verbreitung von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss
233 der Zugang zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA
234 sieht hier klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende
235 Umsetzung dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen
236 für den Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten
237 bekommt, die für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

238 Online-Werbung neu regulieren: Die EU-Kommission muss eine neue
239 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,
240 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung
241 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für
242 Online-Werbung und das Ausspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist
243 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore
244 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige
245 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den
246 Fokus genommen werden.

247
248 Nutzer*innen-Transparenz erhöhen: Transparenz unterstützt die freie und
249 kritische Meinungsbildung und hilft Informationsmanipulation zu enttarnen. Daher
250 setzen wir uns für die verpflichtende Kennzeichnung von KI-generierten Bildern
251 und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Bilder und Videos
252 soll für alle Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische
253 Lösungen, wie digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden.
254 Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht
255 gekennzeichnete generierte Inhalte identifizieren zu können. Außerdem sollen
256 weitergeleitete Nachrichten als solche gekennzeichnet werden, um Transparenz für
257 Nutzende über den Ursprung zu schaffen. Zuletzt sollen Plattformauftritte von
258 Personen des öffentlichen Lebens oder bekannten Institutionen verlässlich
259 gekennzeichnet werden, um Verwechslungen und absichtliche Irreführungen zu
260 reduzieren.

261 4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und
262 Zivilgesellschaft

263 Demokratiefördergesetz jetzt: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte
264 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für
265 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist
266 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir
267 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,
268 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese
269 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

270 Förderung der Medienkompetenz: Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung
271 der digitalen Bildung ein. Unser Ziel ist es, kritisches Denken, Faktenprüfung,
272 die Sensibilisierung für Techniken der Manipulation und den verantwortungsvollen
273 Umgang mit Medien als Querschnittskompetenz in unserem Bildungssystem zu
274 verankern - von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Über den Digitalpakt 2.0
275 hinaus muss der Bund die Länder hierbei dauerhaft unterstützen. Dabei
276 orientieren wir uns am Beispiel Finnlands, das einen gesamtgesellschaftlichen
277 Ansatz verfolgt: Zivilgesellschaftliche Organisationen werden aktiv an
278 Entwicklung und Umsetzung von Lernprogrammen beteiligt - dies trägt zur
279 Zusammenarbeit von beispielsweise Schulen, Bibliotheken, Universitäten und NGOs
280 bei. Zusätzlich fördern wir Initiativen zur lebenslangen digitalen Bildung, um
281 Menschen aller Altersgruppen für die Gefahren von Desinformation zu
282 sensibilisieren.

283 Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit
284 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von
285 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte
286 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-
287 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter
288 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung
289 in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von
290 Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die
291 Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese
292 zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für
293 demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die
294 internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie
295 sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für
296 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen
297 braucht.

298 Forschungsförderung: Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren
299 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte
300 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich
301 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,
302 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.
303 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen
304 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von
305 Gegenstrategien.

306 Fortsetzung der Bürger*innenbeteiligung: Die Einbindung der Bürger*innen in
307 den Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert

308 werden. Wir fördern Bürger*innendialoge, partizipative Workshops und Online-
309 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung
310 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese
311 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen
312 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger*innen im Umgang mit
313 Falschinformationen.

314 Journalismus-Förderung: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine
315 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation
316 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional
317 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage
318 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in
319 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten
320 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige
321 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete
322 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote - besonders im
323 Netz - zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung
324 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer
325 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,
326 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die
327 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der
328 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von
329 Journalist*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen
330 Ländern.